

# Riesfaer und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger) Tageblatt

Druckwerkstatt  
Tageblatt Riesa,  
Fennel Nr. 20,  
Postfach Nr. 52

Das Riesfaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meissen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postkonton:  
Dresden 1890,  
Circuloff:  
Riesa Nr. 52

Nr. 165.

Sonnabend, 16. Juli 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Riesfaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschl. Postgebühr (ohne Aufstellungsgeld). Für den Fall des Eintretens von Produktionsverletzungen, Forderungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preis-erhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 3 mm hohe Grundzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Verwilligter Rabatt ertücht, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.  
Rotationsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: F. Leichgräber, Riesa; für Anzeigentel: Wilhelm Dittsch, Riesa.

## Die Entscheidung von Neudorf.

qu. Es ist bezeichnend, daß man den Verhandlungen in Neudorf und der Entscheidung des Reichspräsidenten das größte Interesse entgegen brachte. Dort standen wichtige Fragen zur Erörterung, die für die Maßnahmen der Reichsregierung, für die Länder und für die ganze Wahlbewegung von größter Bedeutung waren. Bekanntlich haben die Deutschnationalen die Einlegung eines Reichskommissars in Preußen gefordert, die Nationalsozialisten zunächst diese Forderung abgelehnt, später aber für den Belagerungszustand plädiert und sogar die Frage aufgeworfen, ob sich nicht die Einlegung eines Regierungskommissars im Reich empfehle. Die Sozialdemokraten hatten dagegen sich zum ersten Male an den Reichspräsidenten direkt gewandt und die Forderung nach Beilegung der Unruhen erhoben. Von verschiedenen Seiten war demnach der Tatsache Ausdruck gegeben, daß die Gefahr eines Bürgerkrieges vorläge, nur daß man ihn je nach Parteistellung anders beschreiben wollte.

Tatsächlich ist es inzwischen zu so vielen Unruhen und Schlägereien, wenn nicht gar zu schweren Blutstraten gekommen, daß die Reichsregierung mit energischer Hand durchgreifen müßte, wenn noch größeres Unheil verhütet werden soll. Sie hat aber doch wahrscheinlich eingesehen, daß sie rechtlich von einem Reichskommissar für Preußen absehen müßte, weil das die süddeutschen Länder mobil gemacht hätte und auf der anderen Seite sehr leicht die Möglichkeit sich ergeben hätte, daß der Reichskommissar, wenn er nur die gleichen Mittel anwenden wollte, wie die Länderregierungen, das heißt sich innerhalb der Bestimmungen der Reichsregierung halten würde, ein schweres Fiasko erleben könnte, weil auch er nicht vorbeugend handeln, sondern sühnende Maßnahmen anwenden müßte. Er müßte denn zu dem Belagerungszustand übergehen, der allein die Garantie für eine Sicherung vorweg böte.

Soweit will die Regierung aber noch nicht gehen, obwohl sie einen Wunsch der Nationalsozialisten erfüllen möchte. Es ist nun anzunehmen, daß die Nationalsozialisten unter dem Ausnahmezustand eine Sonderstellung erwarten, denn der Ausnahmezustand würde sich auch gegen sie richten. Unmöglich könnte die Regierung aber für eine Partei Ausnahmestimmungen ergehen lassen, weshalb sie alle Forderungen ablehnte und, wie wir schon gestern berichtet konnten, dem Reichspräsidenten nur den Vorschlag unterbreitete, ihr Vollmachten zu erteilen, im Ernstfälle die geeigneten Maßnahmen zu treffen. Wir hören nun, daß die Reichsregierung Vollmachten dahin erhalten hat, nicht nur, wenn sich ein Verlangen der preußischen Regierung herausstellt, hier einen Reichskommissar einzusetzen, sondern mit den anderen Ländern in ähnlichen Fällen ebenso zu verfahren. Des weiteren soll die Reichsregierung die Vollmacht haben, den Ausnahmezustand zu erklären, wenn sie glaubt, vergeblich zur Ruhe und Ordnung zu mahnen und sich innerpolitische Erschütterungen einstellen, die einen Bürgerkrieg einleiten könnten. Die Regierung ist also in der Lage, jeden Tag ganz energisch durchzugreifen. Ihre Maßnahmen würden freilich gleichmäßig gegen alle Parteien gehen und keine Ausnahmen kennen. Leider läßt sich die innere Lage nicht genau überschauen, man weiß nur, daß die Wahlagitator von Woche zu Woche gesteigert werden soll, und daß wahrscheinlich an die Polizei noch viel größere Anforderungen gestellt werden. So lange die Polizei aber, sowohl in Preußen, wie in anderen Ländern, als Herr der Lage zu erkennen ist, wird die Regierung sich zu einer Ausnahmebestimmung nicht entschließen können. Sie will in den Wahlkampf nicht eingreifen. Ein Ausnahmezustand aber würde die Agitation, namentlich in der gesteigerten Form unterbinden.

## Die Unterbringung von Schuldverschreibungen nach dem Lausanner Abkommen.

W Berlin. Um ausdrücklich sicherzustellen, daß die Unterbringung der Schuldverschreibungen des Lausanner Abkommens nicht durch Garantien fremder Länder oder auf ähnliche Weise ermöglicht oder erleichtert wird, ist am 8. Juli in Lausanne von den Sachverständigen der sechs einladenden Mächte protokolларisch festgestellt worden, daß jede Ausgabe deutscher Regierungsschuldverschreibungen ausschließlich auf der Grundlage des deutschen Kredites erfolgen muß.

## Sitzung des Reichskabinetts.

Berlin. (Funktspruch.) Das Reichskabinetts ist heute vormittag 11 Uhr zu einer Sitzung zusammengetreten, nach dem auch Reichskanzler von Papen heute früh aus Neudorf in Berlin wieder eingetroffen ist. Gegenstand der Beratungen sind vorwiegend innerpolitische Fragen, wie sie in Bezug auf die Rundfunkorganisation, den freiwilligen Arbeitsdienst usw. in den letzten Tagen ventiliert wurden.

## Ausdehnung der Dithilfe auf Bayern geplant.

Berlin. (Funktspruch.) Das Reichskabinetts hat in der heutigen Sitzung beschlossen, dem Herrn Reichspräsidenten eine Verordnung über die Ausdehnung der Dithilfe auf die östlichen Gebiete Bayerns in Vorschlag zu bringen.

## Völkerbundsratssitzung in Genf.

Genehmigung der österreichischen Anleihe.  
Die Abrüstungskonferenz völlig festgefahren.

### Der Völkerbundsrat genehmigt österreichische Anleihe.

Deutschland enthält sich der Stimme.

W Genf. Der Völkerbundsrat hat gestern nachmittag das Protokoll über die neue 300-Millionen-Schilling-Anleihe für Österreich angenommen. Die einzelnen Artikel des Protokolls werden mit einer Präambel eingeleitet, in der es heißt, daß die das Protokoll unterzeichnenden Staaten bereit sind, Österreich die erbetene Hilfe zu gewähren. Diese Staaten, einschließlich Österreich, so heißt es in dem Protokoll wörtlich, erklären, diese Hilfe auf das Protokoll vom 4. Oktober 1922 zu gründen mit allen Verpflichtungen, die es enthält. Es übernimmt damit das in diesem Protokoll enthaltene politische und finanzielle Anschlußverbot für Österreich. Die Laufzeit der Anleihe beträgt 20 Jahre (!).

Der deutsche Vertreter, General Dr. Köppler, enthielt sich der Stimme; er begründete seine Stimmhaltung mit folgender Erklärung: Die zur Erörterung stehende Anleihe basiert auf dem Protokoll, das anlässlich der damaligen Völkerbundsankleihe für Österreich (d. h. im Jahre 1922) vereinbart worden ist. Deutschland war zu jener Zeit nicht Mitglied des Völkerbundes und ist nicht an den diesbezüglichen Verhandlungen beteiligt gewesen. Die deutsche Regierung sieht sich nicht in der Lage, sich dem Protokoll ihrerseits anzuschließen. Der Internationale Gerichtshof im Haag hat bekanntlich im vergangenen Jahre keineswegs zu einer einseitigen Aufkündigung über die Tragweite des Protokolls gelangen können. Davon abgesehen ist die deutsche Regierung der Ansicht, daß eine finanzielle Hilfsaktion nicht mit politischen Bindungen irgendwelcher Art verknüpft werden sollte. Aus diesen Gründen kann die deutsche Regierung dem vorliegenden Antrag nicht beitreten. Um indes, die hier in Rede stehende Anleiheaktion nicht zu stören, werde ich mich der Stimme enthalten. Die deutsche Regierung hofft übrigens, zu der finanziellen Sanierung Österreichs auch ihrerseits durch eine finanzielle Transaktion beitragen zu können.

Das Völkerbundssekretariat teilt mit: Die Vertreter Großbritanniens, Frankreichs, Italiens, Österreichs und Belgiens haben das österreichische Anleiheprotokoll unterzeichnet. Die Vertreter Englands, Frankreichs, Italiens und Belgiens haben mitgeteilt, daß England und Frankreich mit 5 Millionen Schilling an der beschlossenen Anleihe teilnehmen.

### Die Wiener Presse zu dem Lausanner Anleiheprojekt.

W Wien. In der Besprechung des Lausanner Anleiheprojektes weisen die Blätter in zum Teil recht scharfer Weise auf die drückenden politischen und finanziellen Bedingungen hin, die mit der Anleihe verknüpft sind. Dabei steht die Erörterung der Ausdehnung des wirtschaftlichen und finanziellen Anschlußverbots bis 1932 wie überhaupt die Anschlußfrage, im Vordergrund. Die „Reichspost“ beanregt von vornherein allen kritischen Stimmen mit dem Hinweis darauf, daß das Hindernis für den Anschluß schon in den Verträgen von Versailles, St. Germain liege. In der gegenwärtigen schweren Not Österreichs hätten Bundeskanzler Dollfuß und seine Mitarbeiter in Lausanne das Bestmögliche erreicht. Demgegenüber schreiben die großdeutschen „Wiener Neuesten Nachrichten“, Dr. Dollfuß habe den Vertrauensvorschuß, welchen man ihm gewährte, in einem noch nicht dagewesenen Ausmaß mißbraucht. Dies drohe Österreich in eine nationale Katastrophe zu führen. Es werde die Aufgabe des Parlaments und der Parteien sein, das Land davor zu bewahren.

### Die Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz.

W Genf. Der Völkerbundsrat beschloß, dem Wunsche der Lausanner Konferenz über die Einberufung einer Weltwirtschafts- und Währungs-konferenz durch den Völkerbund auszusprechen. Die praktische Vorbereitung wurde einem Organisationsausschuß überwiesen, der sich aus Mitgliedern des Völkerbundsrates zusammensetzt und dem auch Deutschland angehört. Zum Vorsitzenden dieses Ausschusses wurde der Vertreter Großbritanniens ernannt. Schließlich hat der Rat noch entschieden, in den in Lausanne grundsätzlich beschlossenen Sachverständigenausschuß, dem

### Das „konstruktive Aufbauprogramm“ der Regierung.

W Berlin. Das „konstruktive Aufbauprogramm“, das Reichskanzler v. Papen angekündigt hat, ist selbstverständlich durch die Verordnung über den freiwilligen Arbeitsdienst nicht erschöpft. Die Beratungen über das Gesamtprogramm werden vielmehr, wie wir hören, in der zweiten Hälfte der nächsten Woche fortgesetzt und vom Kabinetts sicher noch vor den Wahlen zum Abschluß gebracht werden.

hauptsächlich die materielle Vorbereitung des Konferenzprogramms übertragen werden soll, sechs Wirtschafts- und Finanzsachverständige des Völkerbundes zu delegieren. Das Internationale Arbeitsamt und das Internationale Landwirtschaftsinstitut in Rom wurden aufgefordert, an der Vorbereitung der Konferenz mitzuarbeiten.

### Die Finanzlage der Südozialisten vor dem Völkerbundsrat.

W Genf. Der Völkerbundsrat beriet am Freitag den Bericht des Finanzausschusses über die außerordentlich ernste Finanzlage Griechenlands, Bulgariens und Ungarns. Auf Vorschlag des englischen Außenministers wurde eine scharf gehaltene Entschließung angenommen, in der nachdrücklich von den osteuropäischen Staaten gefordert wird, soweit als möglich ihre internationalen Verpflichtungen einzufüllen.

### Die Tschechoslowakei wartet ab.

W Prag. Das Tschechoslowakische Pressebüro meldet aus Genf, daß die Tschechoslowakei gegenüber der Hilfsaktion für Österreich eine abwartende Haltung einnehmen werde. Erst nach Klärung aller Umstände und Bedingungen der Aktion werde Prag die Entscheidung über eine Beteiligung an der Finanzhilfe für Österreich treffen.

### Beratungen festgefahren.

W Genf. Der Unter Ausschuh der Vorkommission der Abrüstungskonferenz hielt gestern nachmittag eine Sitzung ab. Die Beratungen sind völlig festgefahren.

### Erklärung des englischen Außenministers über die englisch-französischen Vereinbarungen.

W Genf. Der Völkerbundsrat trat gestern nachmittag zu einer öffentlichen Sitzung zusammen, um zu der Frage der Einberufung einer Weltwirtschaftskonferenz und der finanziellen Hilfsaktion für Österreich Stellung zu nehmen. Vor dem Eintritt in die Tagesordnung gab der englische Außenminister Sir John Simon eine Erklärung über die englisch-französische Vereinbarung ab. Er gab seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß Italien und Belgien der Einladung zum Beitritt bereits gefolgt seien und betonte, daß die Einladung sich nicht etwa auf die Lausanner einladenden Mächte beschränke, sondern auch für andere Staaten gelte. Sir John Simon erklärte, er sei überzeugt, daß die von Großbritannien inaugurierte Methode der Zusammenarbeit zu einer Stärkung des Völkerbundes führen werde und in diesem Rahmen insbesondere zu einer Verschärfung der Arbeiten der europäischen Studienkommission, deren Begründung Briand sicherlich als einen neuen Schritt zu einer europäischen Zusammenarbeit begrüßt haben würde. Der Vertreter Frankreichs Maffei erklärte, daß er sich den Erklärungen des englischen Außenministers voll und ganz anschließe. Der Rat trat sodann in seine Beratungen ein.

### Englische Solitiker

### über die britischen Abrüstungsvorschläge.

London. In einem von Lord Cecil und weiteren Persönlichkeiten unterzeichneten Brief an die Times heißt es über die britischen Abrüstungsvorschläge: wenn die Vorschläge nicht zur Abschaffung der U-Boote führen; dann werden die britischen Ausgaben für Rüstungen in den nächsten Jahren ungefähr auf der jetzigen Höhe bleiben. Außerdem wird dann auch die Unterchiedsbehandlung gegenüber Deutschlands hinsichtlich der Schiffschiffe, U-Boote beweglichen Landgeschütze, Tanks und Flugzeuge bestehen bleiben. Es ist nicht zu erwarten, daß eine solche Politik das Vertrauen der Welt wieder herstellen wird, die öffentliche Meinung Amerikas davon überzeugen, daß Europa zu arm zur Bezahlung seiner Schulden sei, oder die deutschen Nationalsozialisten dazu bestimmen können, der Ehrlichkeit ihrer normalen Feinde zu vertrauen.

### Thüringen wählt seinen Landtag am 31. Juli.

W Weimar. Der Landtag von Thüringen beschloß am Freitag nachmittag bei Stimmhaltung der Deutschen Volkspartei und des Staatsparteilagers mit den Stimmen aller übrigen Abgeordneten seine Auflösung zum 30. Juli d. J. und zugleich dann die Zusammenlegung der Landtagswahl für den sechsten Thüringer Landtag mit der Reichstagswahl auf den 31. Juli. Die Aenderung der Wahlordnung, die eine Zusammenlegung in so kurzer Frist ermöglichen soll, wurde dem Innenministerium überlassen.